

## Positionspapier von Linksbuendig.ch

**Dieses Positionspapier formuliert, was aus der Sicht von Linksbündig eine linke Massnahmenkritik ist: Wie lautet eine Analyse der Corona-Krise aus einer dezidiert linken Perspektive und welche politischen Forderungen leiten sich daraus ab?**

### Staatskritik

Eine Staatskritik aus linker Perspektive hat sich nach der Corona-Erfahrung mit dem Umstand auseinanderzusetzen, dass weite Teile der Linken – sowohl der parlamentarischen wie der ausserparlamentarischen – sich hinter die Corona-Massnahmen stellten, weil sie darin das Widererstarken eines starken Sozialstaates sahen. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um eine krasse Fehleinschätzung der historischen Situation, in der wir uns befinden, die auch von bürgerlichen und rechten Kreisen geteilt wird, die im Corona-Staat einen neuen ‚Sozialismus‘ sehen wollten. Dieser Fehleinschätzung durch einen Grossteil der Linken widersprechen wir dezidiert: Aus unserer Sicht dienten die Corona-Massnahmen und damit der neu erstarkte Staat nicht dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, sondern der Durchsetzung eines neuen Akkumulationsregimes und der Verwaltung einer massiven Krise, in der sich der Kapitalismus seit mindestens zwanzig Jahren befindet. Deshalb ging es bei den Corona-Massnahmen nicht um soziale Rechte, sondern um den Angriff auf solche, indem weite Teile der Bevölkerung einer kontrollierten Verarmung zugeführt und ihr Arbeits-, Konsum- und Sozialverhalten komplett umstrukturiert werden sollen. Der Staat (alle westlichen Nationalstaaten, auch die Schweiz) ist darin weniger Akteur, sondern Ausführer von Beschlüssen, die im Namen der Kapitalinteressen in internationalen Netzwerken gefällt werden. Die WHO und das WEF sind nur die sichtbare Spitze des Eisberges. Darunter verbirgt sich ein Geflecht von Netzwerken aus Giga-Stiftungen, Forschungseinrichtungen, Institutionen des Public Health und Unternehmen der Pharma-, IT- und Biotechnologie, über das wir viel zu wenig wissen. Einer kapitalismuskritischen Linken fehlt angesichts des Einbrechens der Linken im Widerstand gegen diese Form der Organisation von Kapitalinteressen ein Organ. Linksbündig möchte dieses neu entstandene Vakuum ausfüllen und die Linke auf eine wirkliche Kapitalismuskritik der Gegenwart zurückführen. Dabei fehlt uns nicht nur der Bündnispartner in einem weiten Teil der Linken. Im Gegenteil: Aus unserer Sicht geht von dieser neuen autoritären Linken, wie sie sich spätestens seit der Corona-Krise zeigt, gegenwärtig die grösste Gefahr aus, weil ihr neuer Autoritarismus *gerade nicht* sozialen Zwecken dient, sondern der Stützung eines krisengeschüttelten Kapitalismus. Als „Linke“ genießt sie aber in der Bevölkerung immer noch den Ruf, sozial zu sein, weshalb sie ihren unsozialen Autoritarismus sozial beschönigen kann.

**Wir wollen keinen globalen Pandemievertrag!  
Wir wollen keinen digitalen Impfpass (Digital Health Certificate)!**

### Kapitalismuskritik

Marx hilft uns zu verstehen, wie der Kapitalismus funktioniert und hilft uns zu erkennen, welche Gegenstrategien zu ergreifen sind.

Heute ist es für das Kapital schwierig geworden aus der menschlichen Arbeitskraft Mehrwert abzuschöpfen. Die Maschinen, die Digitalisierung ersetzen die Arbeitskraft. Das Kapital sucht deshalb neue Profitmöglichkeiten. Das ist einerseits geschehen durch die ungebremste Spekulation im Finanzsektor und andererseits findet eine erweiterte Ausbeutung im Care-Sektor und im Gesundheitswesen, also in der Reproduktion, statt. Es handelt sich um eine neue Landnahme des Kapitalismus. Das heisst, was vorher nicht kapitalistisch organisiert war (Bsp. Hausarbeit oder die Post), wird neu der Profitlogik unterworfen.

Der Profit wird aber im Care-Sektor nicht durch einen Mehrwert abgeschöpft, indem das erzeugte Produkt zu einem höheren Preis als der investierte Lohn und die nicht bezahlte Reproduktion auf dem Markt verkauft wird. Was heute passiert ist etwas anderes. Denn der Kapitalismus befindet sich in einer Verwertungskrise: Die Ausbeutung im Gesundheitswesen geschieht mit künstlich erzeugtem Kostendruck. Die unablässigen Restrukturierungen und Sparmassnahmen mit daraus folgenden Arbeitsverdichtungen werden mit diesem Kostendruck, Stichwort «Kostenexplosion», begründet. Die Lohnkosten werden – neben der aktiv betriebenen Personalschrumpfung - zusätzlich verringert, indem die ganze Sorgearbeit mit technischen und pharmakologischen Produkten zunehmend ersetzt wird; durch Robotik, Medikamente, Impfungen etc.

Die heutige Ausbeutung hat in der Tendenz die Form einer Erpressung, weil im Care-Sektor<sup>1</sup> die anvertrauten verletzlichen Menschen (Krankheit, Beeinträchtigung, Betreuung) im Zentrum stehen und Widerstandsformen wie schlagkräftige Streiks schwer durchführbar sind. Zum andern schafft der künstliche Wettbewerb eine Kette von Sachzwängen und der Profitzwang erfordert immer wieder neue Personalschumpfungen, aufwändige Kontrollmechanismen und weitere Betriebsschliessungen.

**Der Service Public muss aus der Logik des Kapitalismus abgekoppelt werden.**

### **Feministische Wissenschaftskritik**

Die feministische Wissenschaftskritik stellte bereits in den 70er Jahren den männerdominierten Wissenschaftsbetrieb einerseits und den patriarchal einseitig-verengten Blick auf den Forschungsgegenstand in Frage. Feministinnen begannen sich mit Gesundheit und Körper auseinanderzusetzen und sich kritisch mit der Schulmedizin und den «Göttern in Weiss» auseinanderzusetzen. Heute scheint das alles verschwunden und bei den Zulassungskriterien der Covid-19-Impfung wurden spezifische Nebenwirkungen auf Frauenkörper «vergessen». Eine faire und transparente Geldmittelverteilung und die Zulassung von Forschungsanträgen auch in Bereichen, die zur Alternativmedizin und -wirtschaft gehören, müssen heute wieder gefordert werden. Die Forschung und die Ausbildung müssen die Menschen in ihrer Vielfalt und ganzheitlich im Blick haben. Gesundheit bedeutet nicht Abwesenheit von Krankheit. Der Zugriff auf den Körper durch die Industrie (Pharma und Ernährung) und den Präventions-Staat ist zu stoppen. Die Absicht, die natürliche Immunität durch eine künstliche Immunität mittels einer Impfung zu erzwingen, ist totalitär und frauen- bzw. menschenfeindlich. Ein feministischer Gesundheitsbegriff setzt auf die Souveränität über den eigenen Körper. Wir setzen uns kritisch mit der Dominanz einer technologisierten, profitorientierten Medizin und einer gleichgearteten Reproduktionsindustrie (Eizellspende und Leihmutterchaft) auseinander. Wir wollen eine bedingungslose Selbstbestimmung über unseren Körper und unseren Lebensstil.

Der Forschung und die ausführende Industrie muss im Rahmen der Gentechnologie und Transhumanismus rechtliche und ethische Grenzen gesetzt werden. Die Einführung von neuen Technologien müssen auf ihre globalen und sozialen Auswirkungen geprüft und abgewogen werden. Auf die Vorstellung, es gebe **eine** einheitliche Wissenschaftsmeinung, - Stichwort: *follow the science!* – ist dabei zu verzichten.

**Wir fordern radikale Selbstbestimmung bezüglich medizinischer Massnahmen!  
Transnationale Netzwerke und Forschungszentren müssen entmachtet werden!**

### **Das Gesundheitswesen**

Während zum Teil Roboter, Digitalisierung und künstliche Intelligenz die menschliche Arbeitskraft ersetzen, wird im Gesundheitswesen die Zitrone durch Privatisierungen und Orientierung am Profit weiter ausgepresst. Von einem einstigen Verständnis des Gesundheitswesens als Teil des Service public ist man abgekehrt. Eine Folge der Privatisierungen von Spitälern ist, dass die demokratische Kontrolle und Steuerung durch die Parlamente und Regierungen der Kantone weitgehend abgeschafft worden ist, nun regiert die Logik und die Gewinnmaximierung des Marktes. Wo die anvertrauten verletzlichen Menschen (Krankheit, Beeinträchtigung, Betreuung) im Zentrum stehen sollten, wird weiter Personal abgebaut und werden – nicht nur kleinere Landspitäler – geschlossen. Damit ist - insbesondere eine dezentrale - Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet. Wir fordern sie zurück!

Es ist kein Zufall, dass die Gesundheitskrise im Zentrum der Corona-Massnahmen stand. Das Drehbuch passte zur Ökonomisierung der Gesundheitskrise: Anstatt massiv Geld zu investieren für höhere Löhne (Rückholoffensive für mehr Gesundheitspersonal) und für genügend Schutzmaterial setzte man auf die mRNA-Technologie, welche eine günstige Lösung ist und mit der Krise vermarktet wurde.

Hinter der Monopolisierung der mRNA-Impfung und der Behauptung, Corona sei nicht behandelbar, standen ökonomische Interessen der Pharmaindustrie. Andere ebenso gut wirkende Impfungen mit

---

<sup>1</sup> Der Care-Sektor umfasst alle Personenbezogenen Dienstleistungen: Krippen und Horte, Betreuung und Assistenz von physisch und psychisch Beeinträchtigten, Soziale Arbeit, Alltagsversorgung etc. Die fortschreitende Verdichtung der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich sind rückgängig zu machen und die Betreuungsschlüssel dem Bedarf anzupassen. Die Löhne sind anzuheben auf das Niveau von vergleichbarer Arbeit im Produktivsektor.

viel weniger Nebenwirkungen wurden nicht zugelassen. Wir fordern eine Auswahl an Impfungen und einen individuellen Impfscheid. Behördlicher und gesellschaftlicher Druck und Zwang (Nudging), Impfblogatorium (Zuweisung eines andern Arbeitsortes) oder Impfpflicht (mit Busse) lehnen wir ab.

Wir fordern einen Ausbau des Gesundheitswesens zulasten der Kapitalakkumulation privater Gesundheits-Konzerne. Die Spitäler schreiben anhaltend Verluste in Millionen-Höhe und die Umsetzung der Pflegeinitiative mit den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wird zunehmend verweigert. Die Personalschrumpfung und die Schliessung von Spitälern wurden aus finanziellen Gründen vor, während der Pandemie und heute anhaltend fortgesetzt. Für einen guten Gesundheitsschutz braucht es einen Ausbau des Gesundheitswesens. Profite haben in der Gesundheitsversorgung nichts zu suchen.

Der Abzug von ausgebildetem Pflegepersonal aus anderen europäischen Ländern ist zu stoppen. Die daraus entstehende Care-Lücke geht zu Lasten der Ursprungsländer und ist unethisch. Dies gilt insb. auch für die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Der unaufrichtigen Aussage, es gebe zu wenig hier ansässiges Pflegepersonal, ist dezidiert zu widersprechen: Mit guten Arbeitsbedingungen und der Möglichkeit einer massiven Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn (Stressentlastung) würden die aus dem Gesundheitssektor Ausgestiegenen wieder in diesen zurückkehren und die Abwanderung könnte gestoppt werden. Der Numerus clausus im Medizinstudium gehört abgeschafft.

Es braucht genügend gut ausgebildetes Pflege- und Hauswirtschaftspersonal, sowie ärztliches Personal zu Arbeitsbedingungen, die eine gute Arbeit möglich machen, im ambulanten wie stationären Bereich, in den Langzeitheimen und in der Spitex. Die Auslagerung der Nachbetreuung (Alltagsversorgung und Pflege) aus teuren ambulanten Operationszentren (Europa-Allee) ins Private ist transparent zu machen. Wir fordern Kostenwahrheit für die neuen Zentren, welche mit Steuergeldern finanziert werden.

Wir wollen ein gutes Netz an hausärztlichen Praxen und pflegerischen Ambulatorien ohne private Konzerne.

**Heute wollen wir ein starkes Gesundheitswesen ohne ökonomische Interessen!  
Die Fallpauschale gehört abgeschafft und ist zu ersetzen mit einer Bedarfsfinanzierung.  
Wir fordern eine Verdoppelung der jährlichen Gesundheitsausgaben, um rund 80 Milliarden!<sup>2</sup>**

### **Den Globalen Süden nicht vergessen!**

Nach einem Rückgang der Anzahl der weltweit an Hunger leidenden Menschen bis ca. 2014, kam es in der Folge der Corona-Massnahmen im Norden aufgrund von zunehmender Armut wieder zu einem Anstieg, der während der Pandemiepolitik rasant zunahm. So nahm der Hunger in der Welt Im Jahr 2021 um 40 Millionen hungernde Menschen zu, was einer Zunahme von 22% in einem Jahr entspricht. Hierzu haben unterbrochene Lieferketten und die Ausgangssperren beigetragen. Eine Massnahmenpolitik, die vorgibt und sich vor allem darauf beschränkt, im Globalen Norden Menschenleben oft auf Kosten der Menschenleben im Globalen Süden zu retten, muss widersprochen werden!

**Wir fordern das Recht auf regionale, souverän bestimmte Pandemie-Massnahmen!**

### **Verengter, mitunter toxischer Diskurs**

Linksbündig verortet insbesondere in den Medien einen verengten bis hin zu einem toxischen Diskurs. Es besteht eine dominante Mehrheitsmeinung in den Medien, die mit dem staatlichen Interesse der Lenkung sowie Kontrolle der Menschen einhergeht. Jede gesellschaftliche Stimme, die auch schon nur davon abweicht, wird diffamiert, isoliert und ausgegrenzt. Diese Vorgänge missachten die wertvollen Grundlagen der Demokratie, den pluralistischen Aushandlungsprozessen. Nur auf Grundlage einer Vielfalt von Standpunkten, auch in der Wissenschaft, gelangen wir zu guten Entscheidungen. Diese Vorgänge richten darüber hinaus in der Gesellschaft grossen Schaden an, indem eine Entfesselung von Wut auf Andersdenkende etabliert wurde. Der verengte Diskurs ist Bestandteil von totalitären Tendenzen: die Menschen beschränken ihre Freiheit selber und wer nicht mitmacht wird – mitunter von Mitbürgern und Mitbürgerinnen – bestraft. Diese Entwicklung gilt es zu benennen und zu bekämpfen!

<sup>2</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1018615/umfrage/prognose-zu-den-gesundheitsausgaben-in-der-schweiz/>

### **Das schöne und altruistische Wort Solidarität**

Solidarität braucht den Menschen nicht befohlen zu werden, denn die allermeisten haben einen inneren moralischen Kompass, der ihr Verhalten gegenüber Andersdenkenden, marginalisierten und verletzlichen Menschen leitet. Sie müssen nicht überzeugt werden. Plötzlich jedoch wurde das schöne und altruistische Wort Solidarität für eine Impfkampagne eingespannt und 2021 quasi zum Wort des Jahres erhoben. Von da an galten Geimpfte als solidarisch und Ungeimpfte als unsolidarisch. Solidarität fokussierte plötzlich auf eine singuläre Handlung, auf das Impfen. Damit wurde eine Spaltung in der Gesellschaft vorangetrieben, obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt klar war, dass eine Impfung die vulnerablen Gruppen nicht schützt, eine «Herdenimmunität» mittels einer vermeintlich sicheren Impfung, wie jene gegen Covid-19, unerreichbarer Unsinn ist und die Überlastung der Intensivstationen und Spitälern nicht an nicht geimpften Menschen lag, sondern daran, dass das Gesundheitswesen in den letzten 10-15 Jahren an die Wand gefahren worden ist. Wir verstehen Solidarität als menschlichen Wert, der nie gegen eine Gruppe von Menschen eingesetzt und zur Legitimierung von Hetze und Ausgrenzung missbraucht werden darf. Wir verstehen Solidarität umfassend.

Solidarisches Handeln bezieht die in unserer Gesellschaft und weltweit vorhandenen Ungleichheiten und Benachteiligungen mit ein.

### **Solidarität muss verbindend sein, nicht ausschliessend!**

### **Technologiekritik: Digitalisierung und Überwachung**

In den vergangenen zwanzig Jahren wurden Technologien wie die umfassende Digitalisierung, 5G, künstliche Intelligenz, Robotisierung etc entwickelt und stehen nun dem Kapital (IT-Konzerne, Google und Co.) zur Gewinnmaximierung zur Verfügung. Die mRNA-Technologie und das weite Feld des «Transhumanismus» eröffnen neue Märkte, welche der im Krisenmodus operierende Kapitalismus dringend benötigt. Die Pandemie wurde als Hebel zur Einführung und Nutzung dieser Technologien missbraucht über die Köpfe der Menschen hinweg, im Eilzugtempo. Macht die Digitalisierung wirklich alles einfacher und schneller? Wir fordern mehr Zeit für Personenbezogene Arbeiten, statt ihr durchgetaktetes Digitalisieren zugunsten von Abrechnungssystemen und Qualitätskontrollen. Wir wollen digitalisierungsfreie Unterrichtsformen und Lehre erhalten. Eine umweltfreundliche Digitalisierung gibt es nicht. Der Abbau von Rohstoffen für digitale Geräte hinterlässt Gifte, verursacht Krankheiten und verödet ganze Landstriche in den Abbauregionen, inbes. im globalen Süden. Hinzu kommt der für die Erreichung der Klimaziele massgebliche digitale CO<sub>2</sub>-Fussabdruck. Die Nutzung digitaler Geräte und digitaler Dienstleistungen hat während der Covid-Pandemie massiv zugenommen und wird weiterhin zunehmen. Wir wollen keine digitale Überwachung unserer Gesundheit und ein normiertes Leben, sondern die Förderung gesunder Lebensverhältnisse und Respekt für eigenverantwortliche Lebensweisen.

### **Wir brauchen keine digitale Kontrolle in unserem Leben! Die Technologien haben den Menschen zu dienen, nicht der kapitalistischen Verwertungslogik!**